

Marxsche Theorie und Imperialismus

Der Marxismus war immer schon durch einen doppelten Konflikt gekennzeichnet. Einerseits steht er im Gegensatz zu den vorherrschenden Formen der bürgerlichen Theorie und Ideologie, andererseits konstituiert er sich selbst als etwas Komplexes und Widersprüchliches, das durch eine Reihe von inneren Konflikten gekennzeichnet ist. Stets gab es im Marxismus verschiedene Tendenzen und Schulen, die von unterschiedlichen theoretischen Grundlagen und Standpunkten her argumentierten. Dabei handelt es sich um ein universales Phänomen, das in allen Ländern anzutreffen ist, in denen sich eine marxistische Diskussion entwickelte (vgl. dazu auch Milios 1994, 1995; Lapatsioras/Milios/Sotiropoulos 2008, Althusser 2006).

Die Phase des „klassischen Marxismus“ (vom Tod Engels' bis zum Zweiten Weltkrieg) ist für die Geschichte des Marxismus von besonderer Bedeutung, hauptsächlich aus zwei Gründen. Zunächst war es gerade dieser Zeitraum, in dem sich der Marxismus in ideologische Kämpfe im eigentlichen Sinn zu verstricken begann, d.h. in dem er sich *auch* zur Massenideologie entfaltete, die im Hinblick auf die Organisation sozialer und revolutionärer Bewegungen besonderes Gewicht erlangte. Zweitens bildeten sich in jenem Zeitraum bestimmte Grundtendenzen innerhalb des Marxismus heraus. Diese Tendenzen sollten von da an mehr oder weniger kontinuierlich Bestandteil der Debatte sein.

Im Folgenden sollen die wichtigsten „Innovationen“, die durch die „klassischen“ Analysen und die zahlreichen darauf aufbauenden Ansätze Eingang in die Analyse des Imperialismus und der Konfiguration der kapitalistischen Ordnung fanden, einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Dabei wird sich zeigen, dass die Mehrzahl dieser Ansätze gerade nicht innerhalb jenes theoretischen Rasters argumentiert, das von Marx im „Kapital“ und seinen anderen ökonomiekritischen Schriften des Spätwerks entwickelt wurde.

1. Der gemeinsame Ausgangspunkt der Imperialismustheorien

Es ist ein anhaltendes Interesse an den so genannten klassischen Imperialismustheorien festzustellen. In diesen Theorien sind die grundlegenden theoretischen Momente der marxistischen Debatte über den Imperialismus und die

kapitalistische Krise enthalten, die in den Jahren 1909-1925, d.h. nach dem Erscheinen von Hobsons „Imperialismus“ (im Jahr 1902), formuliert wurden – in erster Linie sind es die Ansätze von Hilferding, Luxemburg, Bucharin und Lenin. Die klassischen Ansätze der Imperialismustheorie stimmen mit wenigen Ausnahmen – die im Wesentlichen die Ambivalenzen Lenins und bestimmte Aspekte des Ansatzes von Bucharin¹ widerspiegeln – darin überein, dass der Kapitalismus einschneidende Strukturveränderungen durchlaufen hat, mit dem Ergebnis, dass die Marxsche Analyse für eine umfassende Beschreibung des Kapitalismus nicht mehr ausreichen würde. Es wurde implizit oder explizit davon ausgegangen, dass die „jüngste Etappe des Kapitalismus“ nicht mehr jenem Kapitalismus entspreche, den Marx im *Kapital* analysiert hat.

Auch wenn es unter den klassischen Ansätzen Differenzen gab, lässt sich deren gemeinsamer Kern in den folgenden vier Punkten zusammenzufassen:²

- Die Entwicklung der Produktivkräfte führt zu monopolistischen Produktionsstrukturen (Konzentration und Zentralisation des Kapitals). Durch diesen Prozess entsteht überschüssiges Kapital.
- Die Produktion wird internationalisiert. „Nationale“ Einzelkapitale entwickeln sich in einem geographischen Raum, der größer ist als das nationale Territorium.
- Der Kapitalismus wird zu einem globalen System, das heißt, die „Gesetze“ des Systems funktionieren nun auf Weltebene.
- In kapitalistischen Industrieländern leistet der Staat durch den (kolonialen) Imperialismus dem Kapital geopolitische Hilfestellung. Tendenziell verschmilzt der Staat mit den Monopolen. Die Welt wird in Einflussphären aufgeteilt; die Konkurrenz zwischen „nationalen“ Einzelkapitalen wird damit zu einer geopolitischen Konkurrenz zwischen den mächtigen Staaten.

Diese Überlegungen führen zu einigen grundlegenden Erkenntnissen, die in der einschlägigen Debatte bisher nicht hinreichend herausgearbeitet wurden. Folgt man Punkt (2), dann muss eingeräumt werden, dass die internationale Bewegung individueller Kapitale einen Wirtschaftsraum bildet, dessen Geografie nicht mit der fragmentierten politischen Geografie der Nationalstaaten übereinstimmt. Insofern kann man davon sprechen, dass das staatliche Territo-

1 Weitere Einzelheiten dazu siehe unten, vgl. auch Milios/ Sotiropoulos (2009).

2 Diese Thesen finden sich verstreut in den klassischen Ansätzen; so bei Hilferding (1910), Luxemburg (1913), Bucharin (1917), siehe dazu auch Milios/Sotiropoulos (2009), Milios (1988, 1996), Willoughby (1986), Brewer (1980). Wie später angeführt wird, wurden diese Feststellungen in gewissem Maße aber auch wieder in Frage gestellt, so z.B. in Lenins Theorie der „imperialistischen Kette“, als Kritik an der Theorie des Weltkapitalismus, oder in Bucharins Kritik der Unterkonsumtions- und „Surplus-Kapital“-Theorien im Rahmen seiner Polemik gegen Rosa Luxemburg und schließlich auch in Lenins kritischen Betrachtungen zur Theorie des monopolistischen Kapitalismus in seiner Auseinandersetzung mit Bucharin.

rium und die Reichweite des nationalen Kapitals nicht übereinstimmen. Dann lassen sich die „Bewegungsgesetze“ des Kapitals (von der Durchsetzung des Wertgesetzes bis zur Bildung der Durchschnittsprofitrate) aber auch nicht mehr auf den jeweiligen nationalen Rahmen beschränken.

Es gibt nun zwei grundsätzliche Möglichkeiten mit dieser Erkenntnis umzugehen. *Einerseits* kann man jene „Nicht-Übereinstimmung“ der Reichweite von Staat und Kapital als Ausdruck einer mangelnden Kohärenz des Kapitalismus auffassen und den Imperialismus als angemessene Lösung dafür betrachten. Dies ist die Argumentationsweise der klassischen Imperialismustheorien: die so genannte „jüngste Etappe“ des Kapitalismus bringe aufgrund jener „Nicht-Übereinstimmung“ ein eminentes Problem für das Kapital hervor, das nicht aus dem Klassenkampf entspringt. Zur Lösung dieses Problems stellt der imperialistische Staat (der im „Zentrum“ des Weltsystems steht) in Form des Imperialismus eine geopolitische Hilfe für das Kapital bereit, das die nationalen Grenzen überschreitet. Die Akkumulation des (nationalen) Kapitals auf Weltebene wird durch die imperialistische Politik des Nationalstaates ermöglicht und abgesichert.

In der gleichen Weise argumentiert auch eine Reihe gegenwärtiger Analysen, die von einem „neuen Imperialismus“³ sprechen. Sie stimmen zwar mit Punkt (2) überein, stehen jedoch dem Ökonomismus der klassischen Ansätze, der sich in Punkt (4) äußert, kritisch gegenüber. Ausgangspunkt des Arguments ist, dass die nach wie vor durch eine nationale Herkunft charakterisierten Einzelkapitale auf internationaler Ebene um Bereiche besonderer Rentabilität konkurrieren, sei es in Verbindung mit Krisenerscheinungen oder nicht. Nach dem Ende der Kolonialzeit sahen sich die mächtigsten Staaten aber mit dem Problem konfrontiert, dass die Rückflüsse der (nationalen) Einzelkapitale, die an Standorten außerhalb ihres politischen Einflussbereichs investiert werden, nicht sichergestellt sind. Das Kapital bewegt sich in einer politisch fragmentierten Welt und erlebt hier eine Reihe von Unsicherheiten und Gefährdungen. Der „neue Imperialismus“ wird (in zahlreichen Varianten, je nach Autor) als Lösung diese Problems aufgefasst.

Andererseits wurde behauptet, dass das Problem jener „Nicht-Übereinstimmung“ der Reichweite von Kapital und Staat nur durch das allmähliche „Verschwinden“ der Staaten und das Entstehen neuer supranationaler Formen der politischen Organisation und der globalen Gouvernementalität gelöst werden kann. In dieser Perspektive besteht eine Entsprechung zwischen der globalen Kapitalbewegung und globalen Politikformen, welche die angenommene Unfähigkeit der Nationalstaaten, die Erfordernisse der ökonomischen Geografie des Kapitals zu gewährleisten, überwinden. Ein solcher Ansatz geht implizit oder explizit von der

3 Die am meisten diskutierten Beiträge in dieser Hinsicht sind von Harvey (2005), Callinicos (2007) und Wood (2005).

These aus, dass das internationalisierte Kapital etwas Autonomes ist, das auf Weltebene gebildet wird, ohne dabei in irgendeiner Verbindung zu einem mächtigen Herkunftsstaat zu stehen. Daher die Notwendigkeit neuer Politikformen, die Staaten und erst recht Nationen übergreifend existieren sollen.

In Anlehnung an Foucault könnte man sagen, dass der Nationalstaat nicht mehr regierungsfähig ist, weil er den Anforderungen des Weltkapitals nicht gerecht wird; folglich müssten neue (postmoderne) Formen der Souveränität für die Organisation der Beziehungen zwischen kapitalistischer Macht und politischer Lenkung Anwendung finden.⁴ Die Ideen, die Hardt und Negri in ihrem Buch *Empire* entwickeln, weisen in eine solche Richtung, behaupten sie doch die Herausbildung einer neuen globalen Form der Souveränität auf Weltebene, „die eine Reihe nationaler und supranationaler Organismen verbindet, die eine einzige Herrschaftslogik eint“ (Hardt/Negri 2002: 10). Alternativ dazu könnte mit Gramsci argumentiert werden, dass das Konzept des „historischen Blocks“ nun auch auf Weltebene auszudehnen sei, da „global production and global finance now constitute distinct spheres of power relations which constrain the state system at least as much as they are influenced by it“ (Cox 1999: 515). In dieser Perspektive sind es Gruppierungen von Intellektuellen und politischen Entscheidungsträgern, die strategische Positionen in multinationalen Unternehmen, Banken, Universitäten, Denkfabriken, Medienunternehmen, Regierungen und internationalen Organisationen innehaben, die darauf abzielen, „to make transnational capital a class ‘for itself’ by theorizing the world order and by synthesizing strategy“ (Gill, 2003: 169, siehe auch Pijl 1998).

Die beiden hier etwas schematisch charakterisierten Varianten – Theorien eines „neuen Imperialismus“ auf der einen Seite, Konzepte einer supranationalen Souveränität und Herrschaft auf der anderen Seite – sind lediglich verschiedene Antworten auf die festgestellte Nicht-Übereinstimmung der Reichweite von Staat und Kapital. Diese Nicht-Übereinstimmung bildet aber den gemeinsamen Ausgangspunkt. Die verschiedenen Konzepte eines „neuen Imperialismus“, die neogramscianischen Analysen der „Weltordnung“, die postmodernen Varianten des „Empire“ und die traditionellen Theorien des Weltsystems sind alternative Versuche diesen gemeinsamen Ausgangspunkt theoretisch zu erfassen. Sie sind in erster Linie bestrebt eine konkretere Analyse der aktuellen Formen der Internationalisierung des Kapitals zu liefern und darüber zu Erkenntnissen über den Staat und sein Verhältnis zum internationalen Kapital zu gelangen.

Alle angeführten Ansätze negieren jedoch faktisch, d.h. egal, ob sie sich darüber im Klaren sind oder nicht, ein zentrales Konzept der Marxschen Analyse: *das gesellschaftliche Gesamtkapital*. Das hat erhebliche Konsequenzen für die

4 Diese Lesart seines Werkes wird zwar von Foucault selbst nicht unmittelbar zum Ausdruck gebracht. Hinsichtlich der hier aufgeworfenen Fragen sei jedoch auf Deleuze (1988) und Foucault (2007) verwiesen.

Art und Weise, wie Klassenherrschaft innerhalb einer Gesellschaftsformation aufgefasst wird und wie das Phänomen des Imperialismus zu begreifen ist.

2. Das gesellschaftliche Gesamtkapital und die von Hilferding vorgenommene theoretische Verschiebung

2.1 DieMarxsche Konzeption des gesellschaftlichen Gesamtkapitals

Während die (klassische) bürgerliche Ökonomie, in der Konkurrenz der Kapitale die Ursache der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise sieht, betont Marx dagegen, dass „die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion in der äußern Bewegung der Kapitale erscheinen, sich als Zwangsgesetze der Konkurrenz geltend machen und daher als treibende Motive dem individuellen Kapitalisten zum Bewußtsein kommen“, woraus dann folgt: „Wissenschaftliche Analyse der Konkurrenz ist nur möglich, sobald die innere Natur des Kapitals begriffen ist“ (MEW 23: 335).

Die „immanenten Gesetze“ von denen hier die Rede ist, sind Gesetze des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Die „individuellen Kapitale“ sind nur Bruchstücke, Elemente des Gesamtkapitals, die ihren Platz in der kapitalistischen Dynamik eben dadurch erhalten, dass sie diesen Gesetzen unterworfen sind. Insofern hat das Gesamtkapital den Einzelkapitalen gegenüber Priorität. Diese Priorität des Gesamtkapitals ist keine bloß begriffliche Konstruktion, sie wird insbesondere beim Ausgleich der individuellen Profitraten zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate praktisch wirksam. Die Ausbeutung der Arbeitskraft, die auf der Ebene der vielen individuellen Kapitale stattfindet, wird durch das Gesamtkapital vergesellschaftet, so dass jeder einzelne Kapitalist nicht nur von jener Ausbeutung profitiert, die er selbst organisiert, sondern auch von der Ausbeutung, die alle anderen Kapitalisten ins Werk setzen.⁵ Indem ein Einzelkapital die Durchschnittsprofitrate erzielt, eignet es sich nicht den durch seinen eignen Ausbeutungsprozess erzielten Mehrwert an, sondern jenen Anteil am gesamtgesellschaftlich produzierten Mehrwert, der dem Anteil seines individuellen Kapitals am Gesamtkapital entspricht. Marx kann daher bei der Analyse des Profitratenausgleichs folgern:

„Das Kapital kommt sich in dieser Form selbst zum Bewußtsein als einer gesellschaftlichen Macht, an der jeder Kapitalist teilhat im Verhältnis seines Anteils am gesellschaftlichen Gesamtkapital“ (MEW 25: 205).

5 Marx betont, „daß jeder einzelne Kapitalist, wie die Gesamtheit aller Kapitalisten jeder besondern Produktionssphäre, in der Exploitation der Gesamtarbeiterklasse durch das Gesamtkapital und in dem Grad dieser Exploitation nicht nur aus allgemeiner Klassensympathie, sondern direkt ökonomisch beteiligt ist, weil, alle andern Umstände, darunter den Wert des vorgeschobnen konstanten Gesamtkapitals als gegeben vorausgesetzt, die Durchschnittsprofitrate abhängt von dem Exploitationsgrad der Gesamtarbeit durch das Gesamtkapital“ (MEW 25: 207).

Zwar jagt jedes einzelne Kapital nach der jeweils höchsten Profitrate, doch in dieser Konkurrenz unterliegen die Einzelkapitale den Gesetzen des Gesamtkapitals und konstituieren sich gerade dadurch zum gesellschaftlichen Gesamtkapital; zu einer nicht bloß individuellen, sondern gesellschaftlichen Macht, die der Arbeiterklasse gegenübersteht und sie ausbeutet und das Resultat dieser Ausbeutung dann in Gestalt der Durchschnittsprofitrate vergesellschaftet. Die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten ist daher ein grundlegendes Strukturmerkmal der kapitalistischen Produktionsweise. Mit dieser Argumentation grenzt sich Marx ganz bewusst von einer bloß historischen Konzeption des kapitalistischen Unternehmens ab, die das einzelne Unternehmen unabhängig vom gesellschaftlichen Gesamtkapital als ‚autonome Einheit‘ auffasst.

2.2 Der Paradigmenwechsel Hilferdings

Auch wenn Hilferdings Buch *Das Finanzkapital* über fast acht Jahrzehnte als Ausdruck ‚marxistischer Orthodoxie‘ galt, ist es eine Interpretation der Marx'schen Theorie mit eher ‚revisionistischem‘ Charakter. Im Grunde war Hilferding der Erste, der bei der Untersuchung des Imperialismus und der kapitalistischen Krisen die Marx'sche Konzeption des gesellschaftlichen Gesamtkapitals negierte. Mit der These von der „Aufhebung der freien Konkurrenz des Einzelkapitalisten durch die großen monopolistischen Vereinigungen“ geht Hilferding im Grunde von einem ‚mikroökonomischen‘ Ansatz aus. Wenn er behauptet, dass die Merkmale des „Monopols“, als der „vorherrschenden Form“ des Unternehmens das gesamte kapitalistische System strukturieren und dessen Entwicklungs- und Veränderungsmuster festlegen, dann behauptet er nichts anderes, als dass die Merkmale der individuellen Kapitale das Gesamtkapital bestimmen. Es handelt sich hierbei um eine Umkehrung von Ursache und Wirkung im Verhältnis zwischen Gesamtkapital und individuellem Kapital – ein *Paradigmenwechsel* innerhalb der marxistischen Wirtschaftstheorie. Dieser Paradigmenwechsel öffnet erst den theoretischen Raum für die Begründung der bereits angeführten These der Nicht-Übereinstimmung in der Reichweite von Staat und Kapital.⁶ In dieser Argumentationslinie kommt es jedoch nicht allein auf die Details der Hilferding'schen Analyse an. Die Vorstellung von Konkurrenz als einer äußerlichen Form, die durch das Zusammenwirken der getrennten Einzelunternehmen beseitigt werden kann⁷, öffnet den Weg zu einer radikalen Abkehr von

6 In gewisser Weise ist die Argumentation Hilferdings eine Artikulation der allgemeinen institutionalistischen Problematik jener Zeit, die mehr oder weniger deutlich in den Werken von Weber, Veblen, Schumpeter und Galbraith zum Ausdruck kommt, vgl. ausführlicher dazu Milios/ Sotiropoulos (2009).

7 Hilferding argumentiert, dass der Rückgang der Profitrate aufgrund des Anschwellens des fixen Kapitals“ nur durch die Bildung von kapitalistischen Kombinatn überwunden werden könne, die die Konjunkturunterschiede ausgleichen und für eine größere Stetigkeit der Profitrate sorgen würden. Die Ausschaltung der Konkurrenz diene zudem den Interessen der

der Marxschen Problemstellung. Die Organisation kapitalistischer Macht wird unabhängig von einer Betrachtung des Gesamtkapitals untersucht. Die Frage, wie die individuellen Kapitale überhaupt als eine einheitliche gesellschaftliche Kraft wirken können, wird gar nicht mehr gestellt. Aus der neuen Problemstellung ergeben sich vielmehr Fragen nach der Periodisierung und der Genealogie der Beziehungen zwischen unterschiedlich spezialisierten gesellschaftlichen Institutionen.⁸ Dabei handelt es sich immer um das Verhältnis von einer Institution zu einer anderen, hier des Monopolunternehmens zum Staat. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nicht allein die spezifische Antwort, ausschlaggebend ist vielmehr dass durch diese institutionalistische Perspektive der Bereich der theoretischen Möglichkeiten überhaupt zu Antworten zu kommen, in ganz bestimmter Weise vorstrukturiert wird. Dieser Bereich ist durch die „Externalisierung“ des Verhältnisses zwischen Staat und Kapital geprägt. Der Staat ist nicht länger Bestandteil der gesamten Kapitalherrschaft oder entscheidender Faktor für die Kapitalbewegung, er ist vielmehr eine externe Institution, die für den Einsatz des Kapitals erforderlich ist.

Hilferding ging von einem instrumentalistischen Staatsbegriff aus: Vom Bürgertum werde der Staat als ein Mittel benutzt. Der Staat leistet dem Finanzkapital durch seinen (kolonialen) Imperialismus eine geopolitische Hilfestellung. Staat und Einzelkapital werden als getrennte Institutionen betrachtet, die in einem äußerlichen Verhältnis zueinander stehen. Dieses allgemeine Konzept, das wir in Hilferdings Ansatz finden, wird durch eine andere Gewichtung des Verhältnisses zwischen Staat und Kapital – etwa eines stärker *interaktives* Verhältnisses – nicht grundsätzlich in Frage gestellt. So ist es durchaus möglich, den Staat nicht länger als immobiles Instrument in der Hand des Finanzkapitals zu betrachten, sondern als eine steuernde Organisation mit einer eigenen autonomen Logik. Dies ist die Tendenz in vielen zeitgenössischen Arbeiten, die Theorien des „Neuen Imperialismus“ entwickeln, siehe z.B. Harvey (2005), Callinicos (2007), Wood (2005), Panitch/Gindin (2004). Der Ökonomismus Hilferdings kann auf diese Weise zwar umgangen werden, seine institutionalistische Perspektive, die auf einer Ausblendung des Marxschen Konzeptes des Gesamtkapitals beruht, wird dabei jedoch beibehalten.

3. Zurück zum Konzept des gesellschaftlichen Gesamtkapitals

Indem das Marxsche Konzept des *Gesamtkapitals* ignoriert und faktisch negiert wird, wird auch die Analyse des Staates als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Engels) in Frage gestellt. Das Einzelkapital wird zur autonomen Einheit, des-

Banken: Großunternehmen könnten maximale Gewinne erzielen, ohne das Fremdkapital, das sie von der Bank aufgenommen haben, zu gefährden.

8 Damit ist man auf dem theoretischen Feld des Institutionalismus angelangt, wie man es bei Weber (1980), Schumpeter (1951), Galbraith (1972) oder Atkinson (1998) findet.

sen Reichweite über die des Staates hinausgeht. Dass es der Staat ist, der *den Zusammenhalt der kapitalistischen Gesellschaft sicherstellt*, gerät in dieser Perspektive aus dem Blick. Der Staat gilt hier nur als Summe bestimmter Funktionen, die den Interessen des Privatkapitals dienen oder auch nicht dienen. Staat und Kapital werden als von einander völlig gesonderte gesellschaftliche „Akteure“ aufgefasst. Damit wird aber der zentrale Sachverhalt verfehlt, dass *Kapital ein gesellschaftliches Verhältnis ist, das in vielgestaltiger Weise (politisch und ideologisch überdeterminiert) im Rahmen einer spezifischen (nationalen) Gesellschaftsformation reproduziert wird*. Zweierlei ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung:

Erstens werden individuelle Kapitale oder Teile davon innerhalb einer Gesellschaftsformation *durch den Prozess der Konkurrenz* und die dabei stattfindenden Ausgleichsbewegungen (und nicht erst durch den von außen ausgeübten politischen Einfluss des Staates, wie Hardt und Negri (2002: 315f.) behaupten) in Elemente des gesellschaftlichen *Gesamtkapital* verwandelt. Durch diese Konstitution zum Gesamtkapital fungieren die individuellen Kapitale *als eine einheitliche gesellschaftliche Kraft, die der Arbeit entgegengesetzt ist und sie beherrscht*. Im Gegensatz zur Auffassung, die in historistischen Analysen entschieden vertreten wird (siehe z.B. Gill 2003: 168, Cox 1999: 137, Hardt/Negri 2002: 315-333, Pijl 1998: 49-64, Panitch/ Gindin 2004), *besteht durchaus ein konkretes allgemeines Klasseninteresse des (nationalen) Gesamtkapitals, auch wenn das Potenzial für umfangreiche inner-kapitalistische Auseinandersetzungen vorhanden ist*. Daher ist es Teilen eines nationalen Gesamtkapitals nicht möglich, sich von dieser Einheit einfach abzusetzen und eine „transnationale kapitalistische Klasse“ oder einen transnationalen historischen Block zu bilden oder zu einer freischwebenden Entität zu werden, die mit keinem nationalen Kapital mehr verbunden ist. Die Existenz des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist nicht einfach ins Belieben einzelner Kapitalisten gestellt, sie ist eine *strukturell* hervorgebrachte, im Klassenkampf immer wieder von neuem reproduzierte Einheit. Anders ausgedrückt: der internationale kapitalistische Raum bezieht seine Merkmale aus der Summe der Wirkungen der Klassenherrschaft im Rahmen der nationalen Gesellschaften. Die Reproduktion der Kapitalbeziehungen und des Klassenverhältnisses erfolgt auf eine jeweils *spezifisch nationale Weise*.

Zweitens darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich bei der Bildung des nationalen gesellschaftlichen Gesamtkapitals aus allen innerhalb der jeweiligen Gesellschaft akkumulierten individuellen Kapitalen, um *einen Prozess* handelt, *der nicht von der Eigentumsform (Staatseigentum, ausländisches Eigentum) des jeweiligen individuellen Kapitals determiniert wird*. Viele Autoren sehen in den multinationalen Unternehmen und in der Internationalisierung der Finanzmärkte die entscheidenden materiellen Faktoren für das Entstehen einer globalen Produktionsweise. Die Vorstellung einer territorialen Nicht-

übereinstimmung von Staat und Kapital geht stillschweigend davon aus, dass ein individuelles Kapital entweder niemals jene Nationalität verliert, die es aufgrund seiner (nationalen) Rechtsform besitzt, so dass es auch im Ausland seine Nationalität behält, oder aber dass es einen Status besitzen kann, der gänzlich unabhängig von nationalen Kriterien ist und jenseits einzelstaatlicher Hoheitsbereiche liegt.

Im Gegensatz zu solchen Vorstellungen hatte Marx betont, dass der reale Status eines Unternehmens gerade nicht mit den formellen Eigentumsverhältnissen zusammenfallen muss. Dies ist insbesondere bei Aktiengesellschaften der Fall, die formal allen Anteilseignern gehören, oder bei staatlichen Unternehmen, die formal der gesamten Gesellschaft gehören. Unser Interesse gilt dem ähnlich gelagerten Sachverhalt, dass Unternehmen rechtlich gesehen einem ausländischen oder einem internationalen Konzern angehören, im Hinblick auf die Produktion jedoch innerhalb eines bestimmten Landes als Teil des (nationalen) Gesamtkapitals funktionieren. Marx hielt diesbezüglich fest:

„Der Umstand jedoch, daß Arbeitsmittel lokal fixiert sind, mit ihren Wurzeln im Grund und Boden feststecken, weist diesem Teil des fixen Kapitals eine eigne Rolle in der Ökonomie der Nationen zu. Sie können nicht ins Ausland geschickt werden, nicht als Waren auf dem Weltmarkt zirkulieren. Die Eigentumstitel an diesem fixen Kapital können wechseln, es kann gekauft und verkauft werden und sofern ideell zirkulieren. Diese Eigentumstitel können sogar auf fremden Märkten zirkulieren, z.B. in der Form von Aktien. Aber durch den Wechsel der Personen, welche Eigentümer dieser Art von fixem Kapital sind, wechselt nicht das Verhältnis des stehenden, materiell fixierten Teils des Reichtums in einem Land zu dem beweglichen Teil desselben“ (MEW 24: 163).

Auch wenn ausländisches Eigentum am Kapital besteht, *wird dieses Kapital in den Prozess der kapitalistischen Akkumulation im Gastland eingegliedert und in dessen Gesamtkapital integriert*. Die Produktionsmittel gehören somit zum Gesamtkapital dieses Landes, und die heimische Arbeitskraft kommt zum Einsatz (genau wie bei jedem anderen individuellen Kapital in diesem Land); der Wert der produzierten Waren wird in der Landeswährung ermittelt etc. Dazu bemerkt Neusüss zu Recht, dass, wenn Kapital ins Ausland exportiert wird, es „bestimmt ist, im Ausland als nationales Kapital zu fungieren, indem es dort als *produktives Kapital* fungiert“ (Neusüss 1972: 150).

4. Die Organisation der kapitalistischen Macht im internationalen Milieu

Vor dem Hintergrund unserer bisherigen Argumentation erweist sich jene „Nicht-Übereinstimmung“ in der Reichweite von Staat und Kapital als ein Scheinproblem. Jedes individuelle Kapital wird, ungeachtet des formell-rechtlichen Eigentümers *zwangsläufig von Ausbeutungsstrategien geprägt, die dem Klassenkampf und der Geschichte des jeweiligen Landes entstammen, in dem es agiert*. Die Funktionen des individuellen Kapitalisten und die Ent-

scheidungen, die er zu ‚treffen‘ hat, hängen in letzter Instanz von der Dynamik des Kapitals als einem gesellschaftlichen Verhältnis ab und nicht von psychologischen oder institutionellen Merkmalen, die eine bestimmte Gruppe von Personen angeblich besitzt.

4.1 Staatstheoretische Konsequenzen des Konzepts „Gesamtkapital“

Das Konzept Gesamtkapital zielt auf die die Einheit der bürgerlichen Klasse ab und verweist damit auf das „Herz“ der kapitalistischen Staatsmacht.⁹ Im Gegensatz zu weit verbreiteten Anschauungen, handelt es sich bei *der Beziehung zwischen Kapital und (nationalem) Staat gerade nicht um ein „externes“ Verhältnis*. Staat und Kapital sind keine getrennten und autonomen Einheiten deren (äußerliche) Beziehung zu untersuchen wäre. Dem Staat kommt vielmehr eine in doppelter Hinsicht zentrale organisatorische Rolle zu: *Er organisiert sowohl die politische Einheit des Bürgertums wie auch gleichzeitig das Bürgertum als herrschende Klasse*. Insofern ist der Staat samt seinen Institutionen und seinen Vermittlungs- und Verwaltungsfunktionen bei der Bildung der gesellschaftlichen Klassen und der Kapitalbewegung immer „anwesend“.

Der Staat stellt nicht von außen eine Unterstützung für die Kapitalbewegung bereit, er ist vielmehr stets ein Teil von ihr. Ohne die ständige Vermittlerrolle des Staates wäre die Einheit der Kapitalisten, die Schlichtung zwischen ihren gegenläufigen Eigeninteressen, ihre Organisation zu einer kohärenten gesellschaftlichen Kraft sowie die Ausübung entscheidender Funktionen bei der Organisation der Ausbeutung undenkbar. Keine Ausbeutungsstrategie könnte umgesetzt werden ohne die Vermittlung des Staates, wobei der Staat allerdings auch „Bestandteil“ der arbeitenden Klasse ist, in dem Sinne dass er für die Kohärenz und erweiterte Reproduktion der *ganzen* Gesellschaft, als einer *kapitalistischen* Gesellschaft sorgt.¹⁰ Diese prägende Funktion des Staates, seine Rolle als „ideeller Gesamtkapitalist“ macht das nationale Terrain zum Austragungsort des Klassenkampfes und der Klassenbildung par excellence.

Im Staat kommt auf diese Weise das „gemeinsame Interesse“ einer Gesellschaft als kapitalistisch bestimmtes Interesse zum Ausdruck. Zwischen dem nationalen Staat und dem individuellen Kapital besteht insofern eine strukturelle innere Übereinstimmung, jenseits des individuellen Wollens der verschiedenen Akteure. „Politik“ und „Ökonomie“ sind insofern untrennbar miteinander verbunden (vgl. dazu Althusser/Balibar 1972, Milios/Sotiropoulos 2009, Teil II). Der Staat ist weder ein neutrales Instrument noch eine autonome Einheit, in die eine parasitäre Bürokratie angeblich erst Einheitlichkeit hineinbringt. Das Kapital stößt nicht auf eine äußere Staatsmacht, durch die es bedroht oder be-

9 Hinsichtlich der Staatstheorie folgen wir hauptsächlich den Überlegungen von Althusser, (2006), Poulantzas (1974; 1980) und Balibar (1977; 1988).

10 Unsere Argumentation stützt sich hier auf Balibar (1988; Kap. 10) und Poulantzas (1980).

schützt wird. Diese innere *strukturelle Verbindung* zwischen Staat und Kapital hat eine doppelte Konsequenz. Einerseits verhindert sie die Selbstauflösung der nationalen Staatlichkeit hin zu einem globalen „Empire“, das angeblich gleichmäßig verteilte ökonomische Strukturen auf Weltebene überwacht. Andererseits macht es jene Verbindung unmöglich, dass Kapital, welches nationale Grenzen überschreitet, seine „Nationalität“ beibehalten kann.

4.2 Lenins Analyse der „imperialistischen Kette“

Obwohl Lenin, insbesondere in seiner Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, dem klassischen Imperialismuskurs folgt, und unsere oben entwickelte Kritik ebenfalls auf ihn zutrifft, finden wir in Lenins Analysen aber noch einen zweiten Diskurs, der von der klassischen Imperialismusauffassung abweicht und zur Marxschen Problemstellung zurückkehrt.

Die klassischen Imperialismustheorien entwickelten sich in einer Periode, in der in Europa und Russland welthistorische Veränderungen stattfanden. Der Erste Weltkrieg brachte gesellschaftliche Umwälzungen mit sich, welche die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse in den Krieg führenden Ländern ins Wanken brachten. Große Teile der Bevölkerung radikalisierten sich zunehmend: Die soziale Revolution kam auf die Tagesordnung. Für den revolutionären Flügel der Sozialdemokratie war angesichts dessen die Beantwortung von zwei Fragen besonders dringlich. Zum einen die Frage nach der revolutionären Strategie, unter welchen Bedingungen konnte die Arbeiterklasse die Macht erringen? Zum anderen die eher taktische Frage wie sich die Linke gegenüber den Bewegungen für nationale Selbstbestimmung verhalten sollte, die sich in den einzelnen Ländern herausbildeten.

Die im revolutionären Flügel der Sozialdemokratie vorherrschenden Positionen bestritten ein Recht der Nationen auf Selbstbestimmung auf die eine oder andere Weise. Diese Auffassungen ergaben sich unmittelbar aus der Theorie des Weltkapitalismus.¹¹ Dabei wurden zwei Arten von Argumenten vorgebracht: Erstens, dass die Selbstbestimmung der Nationen, die Gründung neuer Nationalstaaten im Zeitalter des Imperialismus unmöglich geworden sei; zweitens, dass die Tendenz der sozialistischen Revolution zwangsläufig in Richtung eines globalen bzw. multinationalen, sozialistischen Systems ging, ein Prozess, der mit der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung unvereinbar sei. Unter den Imperialismustheoretikern lehnte Luxemburg eine politische Unter-

11 Die Vorstellung des Kapitalismus als sozioökonomische Struktur auf Weltebene herrschte in den revolutionären marxistischen Strömungen zwischen 1910 und 1915 vor. Lenins Kritik an den Schlussfolgerungen aus dieser sind in seinen Schriften zur nationalen Frage und zum kapitalistischen Staat zu finden. Doch wurde das Konzept des Weltkapitalismus zu Beginn offenbar auch von ihm vertreten, wie es in der von ihm verfassten Einleitung zu Bucharins Werk über den Imperialismus im Dezember 1915 deutlich sichtbar wird (Lenin, *Werke*, Bd. 22: 101-106).

stützung der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung offen ab (Luxemburg 1917). Ebenso Bucharin, der auch nach der russischen Revolution gegenüber der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung distanziert blieb.¹² Lenin sprach sich bekanntlich gegen diese Strategie aus. Seine Ablehnung führte ihn schließlich zum Bruch mit der Theorie des Weltkapitalismus und zur Formulierung des Begriffs der „imperialistischen Kette“.

Lenin unterstützte die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung nicht, weil er eine nationalistische Position vertreten hätte, sondern ganz im Gegenteil, er unterstützte diese Forderung aus der Perspektive der proletarischen Revolution (vgl. z.B. Lenin, *Werke* Bd. 19: 523). Bereits 1915 formulierte er die Theorie der sozialen Revolution als Gesamtergebnis der gesellschaftlichen Antagonismen und Konflikte, wobei er als „Hauptfrage jeder Revolution ... die Frage der Staatsmacht“ betrachtete (Lenin, *Werke*, Bd. 25: 378). Der Staat ist aber Nationalstaat, „Nation“ ist Ausdruck des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Gesamtergebnisses der jeweiligen (kapitalistischen) Konstitution des Zusammenhangs zwischen der herrschenden und der beherrschten Klasse einer Gesellschaftsformation. Mit der Form des Nationalstaates erhält die Nation eine politische Integration. Befinden sich weitere Nationalitäten innerhalb eines (multinationalen) Staates, so wird im Allgemeinen eine Nationalität (die dem betreffenden Staat sein „Nationalkolorit“ verleiht) die herrschende sein, die die anderen Nationalitäten unterdrückt und bei ihnen die Tendenz zur Abspaltung und zur Gründung eigenständiger Nationalstaaten befördert.

Lenin wandte sich demnach von der herrschenden Vorstellung vom Imperialismus als einer einheitlichen globalen sozioökonomischen Struktur ab. Als Alternative entwarf er die Theorie der imperialistischen Kette auf Weltebene. Die Internationalisierung des Kapitalismus durch Außenhandel und die Schaffung internationaler Märkte durch Kapitalexporte, die Gründung internationaler Konzerne usw. verbinden die verschiedenen kapitalistischen Gesellschaftsformationen, schaffen vielgestaltige, doch ungleiche Verbindungen zwischen ihnen und bilden auf diesem Weg eine einzige globale „imperialistische Kette“. Dies führt jedoch nicht zu einer einheitlichen globalen sozioökonomischen Struktur, sondern zur Verzahnung der verschiedenen (nationalstaatlichen) wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen auf internationaler Ebene, von denen sich jede einzelne – vor allem aufgrund der unterschiedlichen Kräfteverhältnisse auf politischer Ebene bzw. auf der Ebene der Klassen – in unterschiedlichem Tempo entwickeln. Diese These hat in zweierlei Hinsicht theoretische Folgen.

12 In Lenins Worten: „[...] Ich will nur das Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Klassen anerkennen“, sagt Gen. Bucharin. Sie wollen also nur das anerkennen, was in Wirklichkeit in keinem Land außer Russland erreicht worden ist. Das ist lächerlich“ (Lenin, *Werke*, Bd. 29: 156).

Erstens führt sie zu einem neuen Verständnis vom „Weltkapitalismus“: Dem vorherrschenden Standpunkt, dass es eine einheitliche kapitalistische ökonomische Struktur auf Weltebene gibt (d.h. ein „globales Gesamtkapital“), stellt er die imperialistische Kette entgegen, deren Glieder nicht einfach Nationalökonomien, sondern Staaten sind. Demnach kommt es nicht nur auf die „wirtschaftliche“ Entwicklung an, sondern auf die gesamte wirtschaftliche, politische, militärische Macht jedes Staates, der ein Glied in der Kette bildet. Zweitens ergibt sich eine Konsequenz für die materiellen inländischen und internationalen Bedingungen für die Proletarische Revolution: es ist Lenins Auffassung des *schwächsten Glieds* der Kette. Indem er sich von dem „imperialistischen Ökonomismus“ (Lenin, *Werke* Bd. 22: 328) lossagte, der auf die eine oder andere Art in der internationalen Sozialdemokratie vorherrschte, behauptete Lenin, der Sturz des Kapitalismus ergebe sich weder aus der Unfähigkeit des kapitalistischen Weltsystems, sich selbst weltweit zu reproduzieren, noch aus den Gegensätzen, die angeblich die übermäßige „Reife“ des Kapitalismus herbeiführen. Die sozialistische Revolution finde nicht in dem kapitalistischen Land mit dem höchsten Entwicklungsstand statt, sondern in dem Land, welches das schwächste Glied in der imperialistischen Kette ist: in dem Land, wo die inländischen und internationalen Gegensätze verschmelzen und sich auf allen Ebenen derart intensivieren, dass der Zusammenprall zwischen Kapital und Arbeit und die revolutionäre Krise objektiv unausweichlich sind.¹³

5. Die Entwicklung einer Marxschen Konzeption des Imperialismus

Das Konzept der imperialistischen Kette, das von Lenin unter speziellen politischen Bedingungen entwickelt wurde, eröffnet ein fruchtbares theoretisches Terrain für die Erweiterung der weiter oben skizzierten Marxschen Problemstellung.

Im Gegensatz zu den klassischen Imperialismustheorien (einschließlich der Leninschen) geht die Konzeption der imperialistischen Kette gerade *nicht* von Nicht-Übereinstimmung der Reichweite von Kapital und Staat aus. Insofern stellt der eigentliche Kern des Konzepts sowohl einen Bruch mit den Vorstellungen eines „neuen Imperialismus“ als auch mit den zahlreichen Globalisierungstheorien dar. Es wird von einer Verbindung der verschiedenen (nationalstaatlichen) wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen auf internationaler Ebene ausgegangen, welche sich in unterschiedlichem, unstemtem Tempo entwickeln. Dieses internationale Terrain lässt aber nicht auf eine Verdrängung

13 „Wenn die Revolution so rasch und – dem Anschein nach, bei erster, oberflächlicher Betrachtung – so radikal gesiegt hat, dann nur deshalb, weil sich dank einer außerordentlich originellen historischen Situation *völlig verschiedene Ströme, völlig ungleichartige Klasseninteressen, völlig entgegengesetzte politische und soziale Bestrebungen vereinigten*, und zwar bemerkenswert ‚einmütig‘ vereinigten“ Lenin *Werke*, Bd. 23: 316).

der Autonomie der Staaten schließen, die Glieder der imperialistischen Kette sind; diese wird allenfalls relativiert.

Definiert man Imperialismus als den Inbegriff der expansionistischen Tendenzen und Praktiken eines jeden gesellschaftlichen Gesamtkapitals, dann kann Imperialismus jederzeit aus den Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen. Seine jeweilige historische Form hängt dann von der „äußeren“ Situation, das heißt dem internationalen Kräfteverhältnis, und den aus der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Klassen hervorgehenden Praktiken ab, die jedoch allesamt in Althusserschem Sinne „überdeterminiert“ sind.¹⁴ Die internationale Konstellation wirkt bestimmend auf den Schauplatz des Klassenkampfes ein, wenn auch in einer „speziellen Rolle“; in letzter Instanz spielt der Klassenkampf, der jeder Gesellschaftsformation innewohnt, die entscheidende Rolle.

Diese Überlegungen können wir auf die Gesamtheit der Glieder in der imperialistischen Kette anwenden. Diese ist auf komplexe Weise als ein sekundärer Gegensatz (d.h., dass sie keinen Vorrang vor dem Klassenkampf hat) in die Gesellschaftsformationen integriert – und macht dort ihren Einfluss geltend; das bedeutet, dass die Machtstellung jedes Staates, der Glied in der Kette ist, und sein imperialistischer Handlungsspielraum, *durch die Gesamtheit der internen Klassenbeziehungen determiniert sind, die wiederum bereits durch die internationale Konstellation überdeterminiert sind.*¹⁵ Aus der Struktur der imperialistischen Kette ergeben sich zwei Konsequenzen.

Einerseits konstituieren sich auf diesem Schauplatz zahlreiche nationale Strategien, die oft gegensätzlich sind und über ein ganz ungleiches Durchsetzungsvermögen verfügen. Diese Strategien sind mit den Interessenlagen des jeweiligen „ideellen Gesamtkapitalisten“ verbunden und tragen nicht selten zur Organisation der bürgerlichen Hegemonie bei. Solche Strategien stellen den kapitalistischen Charakter der internationalen Ökonomie nicht in Frage, es handelt sich aber um unterschiedliche Varianten die kapitalistischen Spielregeln zu benutzen. Daraus resultierende Antagonismen zwischen den verschiedenen nationalen Gesamtkapitalen haben stets einen starken politischen Aspekt. Und insoweit militärische Macht eine Essenz – und ein Garant – jeglicher politischer Macht ist, wird die ökonomisch-politische Konkurrenz auch

14 Siehe Althusser (1968), insbesondere die Aufsätze: *Widerspruch und Überdeterminierung* und *Über die materialistische Dialektik*.

15 Auf diese Weise ist es möglich, eine Interpretation für eine ganze Reihe von Entwicklungen der internationalen Konstellation zu finden, insbesondere diejenigen, an denen offensichtlich andere Akteure beteiligt sind als die „Großmächte“: der Iran-Irak-Krieg, die Kriege in der ehemaligen Sowjetunion und in Jugoslawien sowie die Entstehung neuer Nationalstaaten, die syrische Militärpräsenz in Libanon von Mai 2000 bis April 2005, die vietnamesische Militärpräsenz in Kambodscha von 1978 bis 1989, der Indien-Pakistan-Konflikt, das Zypernproblem usw.

in militärische Konkurrenz unterschiedlicher Form verwandelt. Insofern schließt die von uns skizzierte Konzeption von Imperialismus auch ein Verständnis der Dynamik geopolitischer Antagonismen ein.

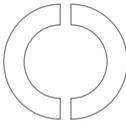
Andererseits *funktioniert* das komplexe Spiel innerhalb der Parameter der *imperialistischen Kette auch umgekehrt bezüglich der Auswirkungen auf die Glieder*. Das ist die Kehrseite der Medaille. Die ungleichen Glieder in der imperialistischen Kette verfolgen ein bestimmtes gemeinsames Interesse: *die Reproduktion des kapitalistischen Herrschaftssystems*. Selbst bei größter Verschärfung der geopolitischen oder wirtschaftlichen Konflikte werden sie niemals so weit gehen, diese Konstante *von selbst* aufzuheben. Die Kette muss als kapitalistische reproduziert werden und jeder Staat trägt dazu bei, wenn er seine Strategie im internationalen Rahmen absteckt. In gewisser Weise verhält es sich hier ganz ähnlich wie bei Adam Smiths Konzept der „unsichtbaren Hand“. Indem jeder Staat sein „nationales“ Interesse verfolgt, trägt er gleichzeitig zur Reproduktion des Kapitalismus als eines stabilen (nationalen und internationalen) Systems bei. So wie Gesellschaft und Ökonomie nicht allein die „Summe individuellen Handelns“ sind,¹⁶ so ist auch die imperialistische Kette nicht einfach die „Summe“ oder das Ergebnis des „Handelns“ individueller Staaten, sondern der Schauplatz der erweiterten Reproduktion kapitalistischer Herrschaft, die in letzter Instanz in jeder kapitalistischen Gesellschaftsformation durch den Klassenkampf determiniert ist. Da der Charakter der Kette komplex und vielfältig ist, gehen mit dem nationalen Interesse der kapitalistischen Supermächte häufig auch „Pflichten“ einher, die für die Reproduktion der globalen kapitalistischen Ordnung entscheidend sind. So ist es heute beispielsweise gang und gäbe, die Rolle der Vereinigten Staaten eben wegen dieser Pflichten als imperial zu beschreiben. Wir müssen uns aber vor theoretischen Extrempositionen hüten. Es gibt weder ein globales Empire, das die „Kontrolle“ über alle staatlichen Strukturen hätte, noch einen alles dominierenden Einzelstaat, auch die USA haben diese Rolle nicht. Natürlich sind die USA aus verschiedensten Gründen eine globale Hegemonialmacht, was auch in den Kapazitäten ihrer Militärmaschinerie zum Ausdruck kommt. Doch darf dabei nicht übersehen werden, dass das westliche Bündnis – mit den USA in der Führungsrolle –, zwar einerseits die spezifischen nationalen Interessen seiner „Gesamtkapitale“ vertritt, aber andererseits *gleichzeitig ein Hegemonialprojekt* für alle kapitalistischen Staaten verfolgt. *Das einzige authentische „Empire“ ist somit die imperialistische Kette in ihrer Gesamtheit.*

16 Wie Rubin (1989: 174) treffend argumentiert, wird durch Smiths „unsichtbare Hand“ und die Bedeutung, die er den „natürlichen“ ökonomischen Phänomenen beimisst, die Formulierung einer Theorie der (kapitalistischen) Ökonomie und Gesellschaft möglich, welche über die Individuen hinausgeht und auf die (gesellschaftlichen und wirtschaftlichen) „Gesetze“, die individuelles Handeln bestimmen, gerichtet ist.

Literatur

- Althusser, L. (2006): *Philosophy of the Encounter: Later Writings, 1978-1987*, London and New York: Verso.
- (1968): *Für Marx*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Althusser, L.; Balibar, E. (1972): *Das Kapital lesen*, 2 Bd., Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Atkinson, G. (1998): An Evolutionary Theory of the Development of Property and the State, in: Samuels, W. J. (ed.), *The Founding of Institutional Economics: The Leisure Class and Sovereignty*, London and New York, Routledge.
- Balibar, E. (1977): *On the Dictatorship of the Proletariat*, London: New Left Books.
- (1988): *Race, Nation, Class, Les indentités ambiguës*, Paris: La Découverte.
- Brewer, A. (1980): *Marxist Theories of Imperialism. A Critical Survey*, London: Routledge and Kegan Paul.
- Bucharin, N. (1917): *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Frankfurt/Main: Verlag Neue Kritik 1969.
- Callinicos, A. (2007): Does capitalism need the state system?, *Cambridge Review of International Affairs* 20(4): 533-549.
- Cox, R. W. (1999): *Approaches to World Order*, Cambridge University Press.
- Deleuze, G. (1988): *Foucault*, Minneapolis, University of Minnesota Press.
- Foucault, M. (2007): *Security, Territory and Population. Lectures at the College de France, 1977-78*, Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Galbraith, J. K. (1972): *The New Industrial State*, Penguin Books.
- Gill, S. (2003): *Power and Resistance in the New World Order*, New York: Palgrave Macmillan.
- Hardt, M.; Negri, A. (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M.: Campus.
- Harvey, D. (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg: VSA.
- Hilferding, R. (1910): *Das Finanzkapital*, Frankfurt/Main: EVA 1968.
- Lapatsioras, S.; Milios, J.; Sotiropoulos D. (2008): *Marxism, Class Struggle and Ideology. Problems and opportunities raised by the multi-cleavage of Marxism*, paper presented at the annual conference of *Historical Materialism*, November 7-9, 2008, University of London.
- Luxemburg, R. (1913): *Die Akkumulation des Kapitals*, in: *Gesammelte Werke*, Bd.5, S.5-411.
- (1917): *Die Revolution in Russland*, in: *Gesammelte Werke*, Bd.4, S. 242-245.
- Martin, R. (2007): *An Empire of Indifference. American War and the Financial Logic of Risk Management*, Durham and London: Duke University Press.
- Milios, J. (1988): *Kapitalistische Entwicklung, Nationalstaat und Imperialismus. Der Fall Griechenland*. Athen: Kritiki Verlag.
- (1994): Marx's Theory and the Historic Marxist Controversy (1900-1937) on Economic Crisis, *Science and Society*, 58(2): 175-194.
- (1995): „Marxist Theory and Marxism as a Mass Ideology. The Effects of the Collapse of 'Real Existing Socialism' and on West European Marxism“, *Rethinking Marxism*, Vol. 8, No. 4: 61-74.
- (1996): „Internationalisierung des Kapitals, Gesamtkapital und Nationalstaat“, *Das Argument* 217: 713-724.
- Milios, J.; Sotiropoulos, D. P. (2009): *Rethinking Imperialism: A Study of Capitalist Rule*, London and New York: Palgrave Macmillan.
- Neusüss, Ch. (1972): *Imperialismus und Weltmarktbeugung des Kapitals*, Erlangen.
- Panitch, L.; Gindin, S. (2004): *Global Capitalism and American Empire*, London: The Merlin Press.
- van der Pijl, K. (1998): *Transnational Classes and International Relations*, London and New York: Routledge.
- Poulantzas, N. (1974): *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/Main: Athenäum Fischer.
- (1980): *State, Power, Socialism*, London and New York: Verso.
- Rubin, I. I. (1989): *A History of Economic Thought*, London: Pluto Press.

- Schumpeter, J. A. (1951): *Imperialism and Social Classes*, New York: Augustus M. Kelly Inc.
- Weber, M. (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Willoughby, J. (1986): *Capitalist Imperialism, Crisis and the State*, Harwood Academic Publishers.
- Wood, E. M. (2005): *Empire of Capital*, London: Verso.

ProSolidar 
Leben statt Profit

Geld & Verantwortung

Immer mehr Menschen werden sich ihrer Verantwortung beim Umgang mit Geld bewusst. Herkömmliche Finanzanlagen sind inakzeptabel, weil sie die Umwelt ruinieren und den Menschen ausbeuten.

ProSolidar nimmt die Verantwortung für soziale Sicherheit und Umweltschutz ernst. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname

Name

PLZ

Ort

Straße

Fon Fax Alter

Email

Bitte zurücksenden an:

ProSolidar Schweidnitzer Str. 41 40231 Düsseldorf



ProSolidar
Schweidnitzer Str. 41
40231 Düsseldorf

Fon 0211 - 26 11 210 Fax 0211 - 26 11 220

Mail info@prosolidar.net